



Bundesversicherungsamt · Friedrich-Ebert-Allee 38 · 53113 Bonn

An alle
bundesunmittelbaren
Ersatzkassen
Innungskrankenkassen
Betriebskrankenkassen

nachrichtlich:

Spitzenverband Bund der Krankenkassen

HAUSANSCHRIFT Friedrich-Ebert-Allee 38
53113 Bonn

TEL +49 (0) 228 619 - 1970

FAX +49 (0) 228 619 - 1872

E-MAIL Harald.Ratzka@bva.de

INTERNET www.bundesversicherungsamt.de

BEARBEITER(IN) Hr. Ratzka

DATUM 9. Juli 2012

AZ I 2 - 560 - 2470/2005

(bei Antwort bitte angeben)

Abschluss von Vermögensschadenhaftpflichtversicherungen für Verwaltungsratsmitglieder - D&O - Versicherungen

Unser Rundschreiben vom 15. Juni 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachstehend möchten wir Sie über einen Beschluss der Aufsichtsbehörden der Sozialversicherungsträger unterrichten, den diese im Rahmen ihrer 80. Arbeitstagung vom 13. bis 14. Juni 2012 in Düsseldorf unter TOP 5 getroffen haben:

„Beschluss:

Die Mehrheit der Aufsichtsbehörden der Länder und das BVA halten in Ergänzung ihres Beschlusses auf der 75. Arbeitstagung am 4./5. November 2009 (TOP 11) eine D&O- Versicherung auch für Verwaltungsratsmitglieder auf Kosten der Krankenkassen für zulässig. Der vom GKV-Spitzenverband mit der Allianz Versicherungs-AG abgeschlossene und als zweite Stufe bezeichnete Gruppenvertrag bietet hierfür eine mögliche Grundlage, da er in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Prämie und Leistungsumfang steht.

Ein darüber hinaus gehender Exzedentenvertrag (dritte Stufe) kommt jedoch mit Blick auf eine Abwägung zwischen einem möglichen Schadensszenario und der Höhe der Prämie nur für Vorsitzende des Verwaltungsrates sowie ggf. von Erledigungsausschüssen in Frage.“

I.

Die Aufsichtsbehörden der Sozialversicherungsträger des Bundes und der Länder hatten bislang die Auffassung vertreten, dass der Abschluss von D&O- Versicherungen für ehrenamtliche Mitglieder der Verwaltungsräte der gesetzlichen Krankenkassen wegen der in § 42 Abs. 2 SGB IV geregelten Haftungsprivilegierung unwirtschaftlich und deshalb nicht zulässig sei.

Zulässig war nach bisheriger Einschätzung, entsprechend der Gesetzesbegründung zum § 42 Abs. 3 SGB IV, im Rahmen einer von der Krankenkasse abgeschlossenen Vermögensschadenversicherung mit dem Versicherer einen kostenlosen Regressverzicht zugunsten der ehrenamtlich Tätigen sowie eine beitragsfreie Mitversicherung von Organmitgliedern zu vereinbaren.

Mit Rundschreiben vom 15. Juni 2010 wurden Sie über die Rechtsauffassung der Aufsichtsbehörden unterrichtet.

II.

Am 17. Dezember 2010 hat der GKV-Spitzenverband ein Rundschreiben versandt, welches die Konditionen eines Gruppenvertrages, den der GKV-Spitzenverband mit der Allianz Versicherungs- AG zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für alle Mitglieder des Verbandes abgeschlossen hat, erläutert. Mit dem Gruppenvertrag wird nun nicht nur den Vorständen, sondern auch den Verwaltungsratsmitgliedern eine Vermögensschaden- Haftpflichtversicherung ermöglicht, deren Prämien die Krankenkasse trägt.

Mit einem weiteren Rundschreiben vom 8. Juli 2011 hat der GKV-Spitzenverband auf Erweiterungen des abgeschlossenen Gruppenvertrages aufmerksam gemacht. Danach sei nun neben einer Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung mit kombinierter D&O- Versicherung auch der Abschluss einer reinen D&O- Versicherung möglich.

Wir gehen davon aus, dass Ihnen diese Rundschreiben des GKV-Spitzenverbandes bekannt sind.

III.

Die Aufsichtsbehörden sind mittlerweile zu der Überzeugung gelangt, dass - wie bei hauptamtlichen Vorständen von gesetzlichen Krankenkassen im Hinblick auf deren Innenhaftungsansprüche - auch bzgl. der Haftungsverpflichtung von ehrenamtlichen Verwaltungsratsmitgliedern Berücksichtigung finden müsse, dass D&O- Versicherungen in erster Linie

die Liquidität der Kasse schützen. In Haftungsfällen reicht nämlich i.d.R. das Vermögen des Verwaltungsratsmitglieds nicht aus, um den Rückgriffsanspruch der Kasse realisieren zu können. Darüber hinaus ist durch die Versicherung der Bereich der „groben Fahrlässigkeit“ abgedeckt.

Gesetzliche Kassen sollten zum Schutz ihres Vermögens Versicherungsprämien daher auch für Verwaltungsratsmitglieder finanzieren dürfen. Zudem ist mit der Einführung der Insolvenzfähigkeit aller gesetzlichen Krankenkassen von einem erhöhten Interesse der Krankenkassen an einer Absicherung für etwaige Vermögensschäden auszugehen.

IV.

Der Abschluss einer D&O- Versicherung auch für Verwaltungsratsmitglieder auf Kosten der Krankenkassen ist nunmehr zulässig.

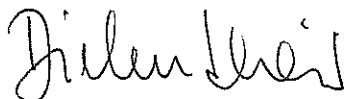
Wie bereits im o.g. Beschluss dargelegt, bietet der vom GKV-Spitzenverband mit der Allianz Versicherungs- AG abgeschlossene und als zweite Stufe bezeichnete Gruppenvertrag eine mögliche Grundlage, da er in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Prämie und Leistungsumfang steht.

Ein darüber hinausgehender Exzedentenvertrag (dritte Stufe) kommt jedoch mit Blick auf eine Abwägung zwischen einem möglichen Schadensszenario und der Höhe der Prämie nur für Vorsitzende des Verwaltungsrates sowie ggf. von Erledigungsausschüssen in Frage, die besondere Aufgaben mit einem erhöhten Risiko wahrnehmen.

Wir bitten um Beachtung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Dielentheis)